Motivationsfaktoren für Strukturveränderungen

GEMEINDEFUSION – MODETREND ODER EINE ANTWORT AUF DEN VIELSCHICHTIGEN GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL?

Verschiedene Gemeindefusionen und geplante Gemeindevereinigungen liessen in letzter Zeit aufhorchen. So suchen nicht nur kleine oder finanzschwache Gemeinden das zukünftige Glück in einer Fusion.



Dr. Jean-Claude Kleiner
Partner
Leiter öffentliche Unternehmen
St. Gallen

Vielmehr gehen auch finanzstarke und grössere Gemeinden auf den Weg und schaffen sich im grösseren Verbund eine noch bessere Ausgangslage zur erfolgreichen Gestaltung der Zukunft; als wichtige Projekte seien die bereits realisierte Fusion der Gemeinden Rapperswil und Jona sowie die geplante Vereinigung der Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau im St. Galler Rheintal erwähnt. Eine geradezu historische Dimension zeigt die laufende Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus: 27 politische Gemeinden werden bis zum Jahre 2011 zu 3 Einheitsgemeinden verschmolzen.

BEWEGGRÜNDE FÜR GEMEINDEFUSIONEN

Die Beweggründe für Gemeindefusionen sind sehr unterschiedlich. Einerseits zeigt sich, dass kleinere Gemeinden dem intensiven gesellschaftlichen Wandel alleine nicht mehr gewachsen sind und nur im Verbund die anspruchsvolle Zukunft bewältigen können. Der gesellschaftliche Wandel zeigt sich denn auch sehr dynamisch und vielschichtig.

Der demographische Wandel bringt uns nicht nur eine zunehmend ältere Bevölkerungsschicht, die bedürfnis- und zeitgerecht versorgt sein will, sondern vor allem auch einen abrupten Einbruch der Geburtenrate. Dieser zeigt sich insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen sich die Geburtenrate teils innerhalb weniger Jahre halbiert, was enorme Herausforderungen nach sich zieht. Kurzfristig verlieren Lehrpersonen ihre Stelle und Schulhäuser werden leer, längerfristig entvölkern sich ganze Talschaften. Der Kampf um die Familie beginnt. Grössere Gemeinden bewältigen diesen demographischen Umbruch mit einem gezielten «Wohnortmarketing» besser.

Der soziale Wandel ist vor allem geprägt durch eine massive Veränderung der Familienstrukturen sowie die Herausforderungen der Integration. Tagesstrukturen und ausserschulische Angebote, aber auch Massnahmen zur Integration werden notwendig. Auch die Sozial- und Vormundschaftsbehörden sehen sich immer anspruchsvolleren Situationen ausgesetzt. Diesen Aufgaben kann im grösseren Verbund professioneller begegnet werden.

Der wirtschaftliche Wandel zeigt eine wachsende Konzentration der Unternehmen in der Agglomeration Zürich und damit verbunden eine spürbare Abwanderung der Arbeitsplätze in Randregionen. Um diesem Trend vorzubeugen, sind enorme Anstrengungen im Bereich der «Wirtschaftsförderung» zu initiieren. Diese bedingen Rahmenbedingungen und Ressourcen, die nur ein grösseres Gebilde aufbringen kann.

Schliesslich fordert der wachsende Steuerwettbewerb, der teils groteske Formen angenommen hat, schlanke und kräftige Gemeinden, die mit einem ganzheitlichen Angebot auf einem überdurchschnittlichen Niveau zu einem angemessenen Preis aufwarten. Diesem Anspruch können grössere Gemeinden tendenziell besser nachkommen.

DIE ZUKUNFT VORWEGNEHMEN

In diesem zunehmend anspruchsvolleren und wettbewerbsintensiveren Umfeld heisst es für verantwortungsvolle Behörden, die Zukunft vorwegzunehmen. Es gilt einerseits eine kritische Standortbestimmung zu machen und das eigene Potenzial zur Bewältigung der Zukunft selbstkritisch abzuschätzen. In einem zweiten Schritt sind mögliche Formen der Zusammenarbeit bzw. von Vereinigungen zu prüfen und aufgrund von verschiedenen Kriterien abzuwägen, welche Partner die geeigneten oder gewünschten wären. Zeichnen sich solche ab, gilt es vertrauliche Gespräche aufzunehmen, um vorerst Strategie und Interessen potenzieller Partner ausfindig zu machen, um allenfalls erste Schritte auf dem gemeinsamen Weg zu wagen.

Die Erfahrung zeigt, dass der Kommunikation in diesem anspruchsvollen Prozess herausragende Bedeutung zukommt.

GEMEINDEGRÖSSEN IN DER SCHWEIZ

Von den etwa 3'200 Gemeinden haben

- 33 % weniger als 500 Einwohner
- 50 % weniger als 1000 Einwohner
- 75 % weniger als 2000 Einwohner

Geht man davon aus, dass eine starke Gemeinde etwa 4'000 Einwohner haben sollte, ist ein breiter Strukturwandel von Nöten!

Interview mit Marianne Dürst-Kundert, Regierungsrätin Kanton Glarus



Bis in fünf Jahren soll es im Kanton Glarus nur noch 3 Gemeinden geben. Ein ziemlich radikaler Schritt. Wie kam er zustande?
Das Dreiermodell entspricht den Planungsregionen des Kantons und war das Langfristziel des Regierungsrates. Regierungs- und Landrat legten der Landsgemeinde aber ein Zehnermodell vor, weil wir davon ausgingen, dass es bessere Akzeptanz finden würde. Das Motto lautete: Das tun, was nötig und politisch machbar ist, um nicht vor einem Scherbenhaufen zu stehen. Die Glarnerinnen und Glarner haben sich reformfreudiger gezeigt und einen noch konsequenteren Schritt beschlossen. Dieser Pionierentscheid hat denn auch schweizweit Beachtung gefunden. Ich glaube, unsere Bevölkerung hatte genug vom Lamentieren über Schulden, Abwanderung und Wettbewerbsnachteile von Randregionen. Sie will mit neuen Strukturen die Zukunft aus eigenem Antrieb anpacken. Die Jugend hat übrigens bei der Meinungsbildung und an der Landsgemeinde selber eine massgebende Rolle gespielt.

Auf welcher Ebene sollen sich die Fusionen vor allem gewinnbringend auswirken?
In erster Linie wird bei den Gemeinden ein Sparpotenzial frei. Diese rund 6 Millionen pro Jahr können in die Attraktivität des Standortes investiert werden, sei es durch tiefere Steuern oder Investitionen in zukunftsweisende Projekte. Es eröffnen sich aber auch mehr Möglichkeiten bei der Entwicklung von Gemeinden und Kanton. In grösseren Räumen lässt sich auch gezielt Raum- und Entwicklungsplanung machen. Unser Motto lautet: Drei starke Gemeinden – ein wettbewerbsfähiger Kanton.

In der Bundesverfassung wird die Gemeindeautonomie garantiert. Bleibt diese bei der drastischen Fusionsbewegung im Kanton Glarus nicht auf der Strecke?
Das Gegenteil ist der Fall. Die Gemeindeautonomie als solche wird durch den Landsgemeindeentscheid gestärkt. Immer mehr Gemeinden und Körperschaften haben Schwierigkeiten, die zahlreichen Ämter gut besetzen zu können. Verschiedene Gemeinden wären ohne Unterstützung des Kantons nicht mehr überlebensfähig gewesen. Mit dem Landsgemeindeentscheid sollen jetzt 3 starke – und wirklich autonome – Gemeinden entstehen.

Welchen Namen werden die 3 Grossgemeinden tragen?
Das ist offen und fällt in die Zuständigkeit der drei zukünftigen Gemeinden.

Welche konkreten Schritte Richtung Gemeindezusammenlegung wurden bereits unternommen oder stehen in naher Zukunft an?
Es wurden Projektziele definiert sowie eine Projektorganisation und ein Projektplan erstellt. Auf Kantonsebene sind wir bereit, der nächste Schritt wird die Berufung der Projektleitung «Gemeinden» sein. Zwei Projekte sind bereits in Bearbeitung und entsprechende Arbeitsgruppen am Werk: Wir haben die von der Landsgemeinde beschlossene Kantonalisierung des Sozial- und Vormundschaftswesens in Angriff genommen. Über die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen soll die Landsgemeinde schon im 2007 befinden können, damit die Umsetzung per 1. 1. 2008 möglich wird. In Arbeit ist auch das Projekt Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden. Dazu soll ebenfalls schon die nächste Landsgemeinde Grundsatzentscheide fällen können.

Was schätzen Sie als Regierungsrätin ganz besonders an Ihrem Kanton oder anders gefragt, welches wäre Ihr Slogan für das Glarus der Zukunft?
Ich bin stolz, dass ich für einen selbstbewussten und innovativen Kanton tätig sein darf, der gleichzeitig seine Traditionen pflegt. An unserer urtümlichen Landsgemeinde wird die direkteste Form der Demokratie gelebt. Gleichzeitig ist unsere Bevölkerung offen für beherzte und epochale Weichenstellungen wie die Gemeindestrukturreform. Der sprichwörtliche Glarner Pioniergeist motiviert mich sehr in meiner Regierungstätigkeit. Das Glarnerland ist mittendrin in der Zukunft!

So gilt es nicht nur Parteien, Behörden, Verwaltungsangestellte und allenfalls weitere Körperschaften in den Prozess zu integrieren, sondern vor allem auch die Bevölkerung breit aufzuklären und zunehmend zu integrieren.

Auch wenn sich die Bevölkerung häufig offener zeigt als angenommen, ist doch der kontinuierlichen, transparenten und ehrlichen Information ausreichend Platz einzuräumen. Bei geplanten Fusionen sind die psychologischen Barrieren meist grösser als die fachtechnischen Herausforderungen.

Die OBT AG ist stolz, die bedeutendsten Fusionsprojekte der Gegenwart begleiten und unterstützen zu dürfen.

FAZIT

Bei Gemeindefusionen sind die psychologischen Barrieren meist grösser als die fachtechnischen Herausforderungen. Der Kommunikation kommt deshalb eine herausragende Bedeutung zu.